



**Gemeinsames Positionspapier
vom Deutschen Städte- und
Gemeindebund, Gesellschaft für
Prävention und eco-partner**

Nachhaltige Chancen für Städte und Gemeinden in der Gesundheits- förderung und Prävention

Durch starke Kriterien und einheitliche Strategien sollte ein überfälliger Schritt in Richtung langfristiger Wirksamkeit in kommunalen Lebenswelten gegangen werden.

12.03.2025

Zentrale Positionen

- Nachhaltigkeit in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention muss definiert und in der Kommunikation sowie im Verständnis aller Akteur:innen einheitlich verwendet werden.
- Kommunen sollten als Dachsetting aller relevanten Beteiligten verstanden werden, die in sich lebensweltenverbindend und kommunenübergreifend vernetzt agieren.
- Europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESG – Environmental, Social and Governance) sowie Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goals) müssen als Grundlage einer nachhaltigen Gesundheitsförderung und Prävention verstanden werden.
- Zur Umsetzung dieser Standards und Ziele braucht es, auf regionale Gegebenheiten bezogene Kennzahlen, umsetzbare sowie skalierbare Maßnahmen und bundesweit systematische Finanzierungs- sowie vereinfachte Förderstrukturen.
- Wissensmanagement von Good-Practice-Beispielen und Vernetzung von Akteur:innen müssen bundesweit systematisch umgesetzt werden, um Synergieeffekte zu schaffen.

Ausgangslage

Die drängenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit erfordern auch bei den Themen Gesundheitsförderung und Prävention ein Umdenken und Handeln auf allen Ebenen. Megatrends wie der Klimawandel, gesellschaftliche Veränderungen, die digitale Transformation und die Belastung der Gesundheitssysteme prägen unsere Gegenwart und Zukunft.

Ein Beispiel hierfür ist der Klimawandel: Klimatische Veränderungen und deren Folgen gefährden unsere Gesundheit akut und stellen Kommunen vor neue Anforderungen, wie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen. Das wiederum erfordert die Befähigung derer, die für die Erstellung solcher Pläne verantwortlich sind, sowie gute Kommunikation auf der Umsetzungsebene. Hitzeaktionspläne fassen Maßnahmen zusammen, die hitzebedingte Krankheiten reduzieren sollen. Solche Maßnahmen verdeutlichen, wie Gesundheitsförderung und Prävention eng mit ökologischen Herausforderungen verknüpft sind und zu einem gesunden Lebensumfeld beitragen können.

Demografischer Wandel, Silver Society, Zuwanderung und soziale Teilhabe stellen Kommunen zudem vor weitere (soziale) Herausforderungen. Darauf aufbauend führen schnelle Veränderungen im digitalen Sektor und die Notwendigkeit der stetigen Anpassung an neue digitale Anforderungen und Kompetenzen zu Unsicherheit und Instabilität auf kommunaler Ebene.

Politische Vorgaben, immer komplexere rechtliche Vorschriften, bürokratische Hindernisse, verschiedene Ansätze in Leitfäden, unübersichtliche und überbürokratisierte Fördersysteme und Fördertöpfe mit ihren unterschiedlichen Anforderungen und eine Vielzahl an unterschiedlichen, nicht immer miteinander abgestimmt agierenden Akteur:innen können auf operativer Ebene ein Gefühl der Überforderung hervorrufen.

Nicht selten wird in der Gesundheitsförderung und Prävention deshalb an bestehenden und teilweise überholten Vorgehensweisen festgehalten. Von daher wäre es zwingend notwendig, die Rahmenbedingungen einschließlich der finanziellen Förderung den aktuellen Herausforderungen anzupassen, z.B. durch kommunale Budgets und den Abbau von bürokratischen Hürden.

Um das systematische Handeln auf allen Ebenen aktiv voranzutreiben, braucht es eine Anpassung bestehender Präventionskonzepte und eine bessere Übersicht zu bestehenden Fördermöglichkeiten. Ein positives Beispiel bietet die ARGE NRW. Diese zeigt, wie durch Kooperationen und klar strukturierte Ansätze Gesundheitsförderung effektiv gestaltet werden kann. Dabei sollten auch Sozialversicherungsträger als Partner stärker eingebunden werden, um

gesundheitsfördernde Strukturen nachhaltig und langfristig aufzubauen und als tragende Instanz zu agieren.

Ein zentraler Wegweiser für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung ist die Agenda 2030, die insbesondere in Zeiten globaler Krisen Orientierung und Handlungsrahmen bietet. Die Agenda 2030 verdeutlicht mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen – den Sustainable Development Goals (SDGs) – den Handlungsbedarf auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Ebene. Die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization* - WHO) betonte in einer Veranstaltung mit dem Titel „One Planet, one Health: sustainable and resilient health care systems“ 2022 die Notwendigkeit, weltweit sektorenübergreifend zu agieren, um klimatischen Herausforderungen entgegenzuwirken, und bestärkte damit das Erfordernis des gemeinsamen Handelns über Landesgrenzen hinaus (Regional committee for the eastern mediterranean, 2022). Es ist auch Teil des Wissensmanagements respektive der individuellen Gesundheitskompetenz, die Implikationen auf Menschen und Systeme zu verstehen (siehe Abb. 1). Diese darin skizzierten Risiken und der damit verbundene Zeit-/ Handlungsdruck machen deutlich, dass umfassende und integrative Maßnahmen notwendig sind, um sowohl die Umwelt zu schützen als auch die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern (vgl. Die Bundesregierung, o. D.).

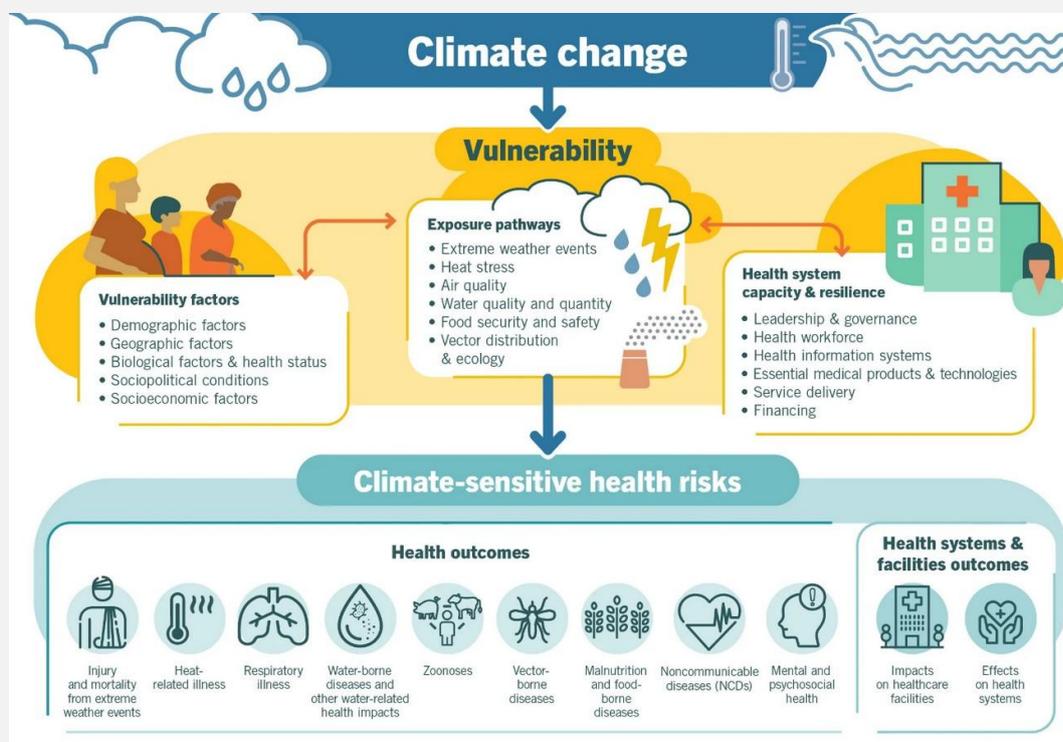


Abb. 1: An overview of climate-sensitive health risks, their exposure pathways and vulnerability factors. (World Health Organization, 2023)

Die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland erfolgt durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die spezifische Ziele und Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung festlegt. Hierbei spielt das Nachhaltigkeitsziel (SDG) 3 *Gesundheit und Wohlergehen*, jedoch in ausdrücklicher Verknüpfung zu den anderen Nachhaltigkeitszielen (z. B. 10: *Weniger Ungleichheiten*, 11: *Nachhaltige Städte und Gemeinden*), die zentrale Rolle im Kontext der Gesundheitsförderung und Prävention. Kommunen wird dabei eine besondere Bedeutung zugeschrieben, da sie entscheidend zur Umsetzung dieser Strategien beitragen können und müssen. Kommunen sollten als Schlüssel in der Gestaltung lebenswerter Umgebungen verstanden werden, da sie durch gezielte Maßnahmen die Möglichkeit haben, sowohl die Gesundheit ihrer Bürger:innen zu fördern als auch nachhaltige Entwicklungen und Vernetzungen zwischen Lebenswelten und darin agierenden Organisationen voranzutreiben (vgl. Die Bundesregierung, 2020 & Nachhaltigkeitsziel (SDG) 17 *Partnerschaften zur Erreichung der Ziele*).

Bei der Gestaltung einer „Inklusiven Kommune“ wird die Verbindung von Prävention und Gesundheitsförderung mit den Nachhaltigkeitszielen besonders deutlich. Der Zugang zu Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention steht Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen nicht gleichermaßen offen. Hinsichtlich der Behinderung wird dies zudem zu oft auf Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen beschränkt, Menschen mit geistiger Behinderung und Mehrfachbehinderungen werden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Nachhaltigkeitsziele (SDG) 3 *Gesundheit und Wohlergehen*, Nachhaltigkeitsziel (SDG) 10 *Weniger Ungleichheiten* und Nachhaltigkeitsziel (SDG) 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* unterstreichen, dass zur Unterstützung eines gesunden Lebensstils und zur Förderung eines eigenverantwortlichen Gesundheitsverhaltens Anreize und Möglichkeiten geschaffen werden müssen, die auch für Menschen mit Beeinträchtigungen niedrigschwellig in ihrem Lebensumfeld zugänglich sind.

Die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in die kommunale Gesundheitsförderung bietet daher die Chance, den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit wirksam zu begegnen und gleichzeitig die Lebensqualität aller Bürger:innen zu verbessern. Doch was bedeutet Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Kontexten? Wie wird der Begriff Nachhaltigkeit in der Gesundheitsförderung verstanden? Und wie lässt sich nachhaltiges Handeln messen?

Dieses Positionspapier beleuchtet die Notwendigkeit und die Chancen der Anpassung bestehender Leitlinien, Ansätze und Konzepte der kommunalen Gesundheitsförderung im Zusammenspiel mit einer Nachhaltigkeitsstrategie vor Ort in den jeweiligen Kommunen. Dabei wird neben ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auch der Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit hervorgehoben. Soziale Nachhaltigkeit umfasst unter anderem die Förderung von

sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Inklusion sowie die Reduzierung von Ungleichheiten, was eine wichtige Grundlage für die Gesundheitsförderung der Zukunft darstellt.

Es wird aufgezeigt, was es braucht, um integrative Strategien zur Verbesserung der Gesundheitsförderung und Prävention nutzen zu können und gleichzeitig ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit zu unterstützen. Durch die Zusammenführung von Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit können einerseits Synergieeffekte erzielt werden, die weit über die bloße Summe der Einzelmaßnahmen hinausgehen, andererseits vermeiden sie Parallelstrukturen, erhöhten Kommunikations- und Organisationsaufwand oder „Silodenken“.

Es werden die zentralen Handlungsempfehlungen sowie Gelingensfaktoren in der Umsetzung vorgestellt, die erforderlich sind, um eine nachhaltige Gesundheitsförderung auf kommunaler Ebene voranzutreiben, umzusetzen und zu verankern.

Handlungsempfehlungen

Nachhaltigkeit: Begriffsdeutung & -verwendung

Nachhaltigkeit in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention muss definiert und in der Kommunikation sowie im Verständnis aller Akteur:innen einheitlich verwendet werden.

Nachhaltigkeit ist in aller Munde und wird in verschiedensten Kontexten verwendet, allerdings mit unterschiedlicher Begriffsbedeutung. So wird Nachhaltigkeit in der Gesundheitsförderung und Prävention, wie beispielsweise in der aktuellen Fassung des Leitfadens Prävention, synonym zu den Begriffen Verstetigung oder Verankerung verwendet (vgl. GKV-Spitzenverband, 2023). Gemeint ist damit jedoch „eine langfristige Wirkung haben“ oder „etwas langfristig umsetzen“, wie beispielsweise neu etablierte Kommunikationsstrukturen. Dabei wird Nachhaltigkeit allerdings nicht immer direkt im Kontext von Klima, klimatischer Veränderungen und Klimagesundheit verstanden. Dies umfasst die gleichzeitige Berücksichtigung der folgenden drei Aspekte, um langfristig stabile und gerechte Lebensgrundlagen zu schaffen:

Ökologisch: die Nutzung vorhandener Ressourcen nur in dem Maße, wie sie auch auf natürliche Weise nachwachsen.

Sozial: die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu erfüllen, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Ökonomisch: Gewinne nicht zu erzeugen, um dann Umwelt- und Sozialprojekte zu fördern, sondern bereits bei der Gewinnung von Erträgen auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu achten.

Nachhaltigkeit erfordert somit einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität sowie das Streben nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen menschlichen Aktivitäten und den ökologischen Grenzen unseres Planeten.

Sieht man sich die Nutzung der Begriffe an, wird deutlich, dass Akteur:innen sich zwar der unterschiedlichen Deutungsdimensionen bewusst sind, dies jedoch nicht zu einer differenzierten Verwendung der Begriffe führt. Verunsicherung, Missverständnisse und Verwirrung treten vermehrt auf. Um gemeinsam auf kommunaler Ebene Gesundheitsförderung und Prävention vorantreiben und stärken zu können, ist eine einheitliche Begriffsdefinition und -verwendung auf allen Ebenen von Gesetzen, Leitfäden, Vorgaben bis hin zur sprachlichen Verwendung für alle Beteiligten notwendig. Gesetze und Leitfäden sollten dabei richtungsweisend sein und die Begriffsverwendung verdeutlichen, um über Akteur:innen bis zu den Bürger:innen eine Begriffsgrundlage zu bieten. In dem vorliegenden Positionspapier wird Nachhaltigkeit somit nicht im Sinne der Verstetigung oder Verankerung, sondern im klimatischen Kontext verwendet.

Dachsetting Kommune

Kommunen sollten als Dachsetting aller relevanten Beteiligten verstanden werden, innerhalb derer eine enge Vernetzung der relevanten Stakeholder vor Ort sowie eine interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden sollte.

Wie eingangs erläutert, kommt Kommunen eine besondere Rolle und Verantwortung in der nachhaltigen Gesundheitsförderung und Prävention zu. Kommunen als verbindendes Element unterschiedlichster Lebenswelten, in denen Menschen sich aufhalten, miteinander agieren, arbeiten, leben, lernen und sich bewegen, haben das Potenzial, Prävention vom Aufwachsen bis zum Älterwerden gesundheitsfördernd und nachhaltig zu gestalten. Diese Lebenswelten – wie Kitas, Schulen, sonstige Bildungsstätten, Freizeiteinrichtungen, Vereine, medizinische und soziale Einrichtungen sowie insbesondere auch Unternehmen und Betriebe vor Ort und nicht zuletzt die Kommunalverwaltungen selbst – können und sollten alle unter dem Dachsetting der Kommune miteinander in partizipativ ausgerichteten Steuerungskreisen vernetzt sein. (Verweis: <https://www.dstgb.de/themen/gesundheit/gesundheitsoffensive-fuer-unsere-staedte/200506-positionspapier-dstgb-dspn-gpev-final-manhang.pdf?cid=hgs>). Eine besondere Rolle kommt dabei häufig kommunal verankerten Institutionen und Einrichtungen, wie z. B. Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, Sportvereinen oder Selbsthilfeorganisationen und Quartierskonzepten, als Knotenpunkt und Begegnungsorte für unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen zu – demnach weit über die Reichweite und Zuständigkeitsbereiche von Öffentlichen Gesundheitsdiensten oder Medizinischen Versorgungszentren bis hin zu weiteren Akteur:innen der Versorgung hinaus. Kommunale Gesundheitsförderung hat aufgrund der

möglichen Erreichbarkeit aller Bürger:innen das Potenzial einer besonders großen Wirkung. Gesundheitsförderung und Prävention mit dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu verbinden, ist daher unabdingbar. Vorgelagerte standardisierte Analysen der gesundheitlichen und soziodemografischen Situation, bestehender regionaler Netzwerke, Maßnahmen und Angebote bieten die Grundlage für die Ableitung von regional passenden und bedarfsorientierten Handlungsempfehlungen, die wiederum die strategische Verbindung zwischen Stadtplanung und Gesundheit ermöglichen (vgl. Fehr, 2020). Beispielgebend kann hier auf die Präventionsmatrix der Gesellschaft für Prävention (GPeV) verwiesen werden. Durch die aktive Gestaltung infrastruktureller Rahmenbedingungen, wie Fahrradwegen, ÖPNV, dem Ausmaß von Luftverschmutzung und Lärmbelästigung, der Grünflächengestaltung und durch das Schaffen von passenden Rahmenbedingungen für Betriebe, lassen sich Brücken zwischen unterschiedlichen Bereichen, Lebenswelten und Akteur:innen bauen. Kommunen wirken somit auf verhaltensbezogener sowie verhältnisbezogener Ebene gesundheitsfördernd und präventiv. Ziel ist dabei immer, alle Ansätze und Maßnahmen in Anlehnung einer kommunalen Gesamtstrategie unter Einbezug der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu planen, umzusetzen, zu überprüfen und anzupassen. Zudem können insbesondere Bestrebungen der Zivilgesellschaft durch Kommunen gestärkt, gefördert und genutzt werden. Individuelle, kreative und neue Projekte mit regionalen Partner:innen können die Bevölkerung aktivieren und zum Mitmachen animieren. Maßgeschneiderte und bedarfsgerechte Ansätze erhöhen die Identifizierung der Bürger:innen mit ihren Kommunen und den betreffenden Themen. Kommunale Strukturen, Kommunikation und Kooperationen sollten immer auf das Erreichen gesundheitsfördernder und nachhaltiger Ziele einzahlen, denn die Reichweite von Kommunen, die Verzahnung der Lebenswelten und der Einbezug wesentlicher Akteur:innen können dabei zur gesundheitlichen Chancengleichheit beitragen (vgl. Lobnig, H. et al., 2004/ KGC, 2024). Kommunen haben die Möglichkeit, ihre Bürger:innen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung zu fördern (Partizipation und Empowerment). Dies geschieht durch transparente Kommunikation, Beteiligungsverfahren und Bildungsinitiativen und ist unabdingbar für die Akzeptanz und Annahme sowie Umsetzung von Veränderungen. Hierin liegt die Motivation zu gesellschaftlichem Engagement allgemein oder als wesentlicher Bestandteil der kommunalen Akteur:innen (bspw. Vereine, Sozialdienste, Selbsthilfegruppen, Stiftungen etc.).

Es lässt sich somit festhalten, dass Kommunen in der Lage sind – und diese Position nutzen sollten – maßgeschneiderte, innovative Lösungen zu entwickeln und nachhaltiges Handeln zu fördern.

ESG und SDGs

Europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESG – Environmental, Social and Governance) sowie Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goals) müssen als Grundlage einer nachhaltigen Gesundheitsförderung und Prävention verstanden werden.

Um eine nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention zu gewährleisten, ist die Integration von ESG (Environmental, Social and Governance) und SDGs (Sustainable Development Goals) in die kommunalen Strukturen essenziell. Betriebe und Unternehmen müssen umfassende Berichte über ihr Handeln und damit verbundenen ökologischen sowie sozialen Auswirkungen erstellen und diese transparent machen. Dies wird durch europäische Standards wie die ESG und CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive / Nachhaltigkeitsberichte) sowie nationale Gesetze, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, vorgegeben und unterstützt (vgl. Initiative Gesundheit und Arbeit, 2024).

Auf kommunaler Ebene geben die SDGs eine Orientierung und Basis für ressortübergreifende Zusammenarbeit. Kommunen tragen die Verantwortung, gesundheitsfördernde Lebenswelten zu schaffen und Gesundheitsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Dabei können die Kommunen auch in ihrer Rolle als Arbeitsgeber eine Vorreiterrolle einnehmen.

Aktuell werden häufig z. B. die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (SGA), Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), kommunale Gesundheitsstrategien und nachhaltige Städteplanung völlig getrennt voneinander analysiert, geplant und umgesetzt. Diese Fragmentierung kann zu ineffizienten Prozessen, personeller Überlastung und Parallelstrukturen führen. Eine koordinierte und integrierte Herangehensweise ist daher notwendig, um Synergien zu schaffen, zu nutzen und eine wie oben beschrieben ganzheitliche Gesundheitsförderung zu erreichen.

Insbesondere bei verpflichtenden Aspekten wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gefährdungsbeurteilungen sowie Gesundheitsmanagementsystemen können Kommunen von den vorangegangenen Bemühungen und Aktivitäten der Betriebe lernen und somit zudem ihrer Verantwortung als nachhaltiger, attraktiver Arbeitsgeber nachkommen.

Die Verbindung von ESG und SDGs mit den bestehenden Prozessen und Strukturen der Kommunen erfordert eine klare strategische Ausrichtung und ein starkes Engagement seitens der politischen Entscheidungsträger:innen.

Umsetzbare und skalierbare Vorgaben

Zur Umsetzung dieser Standards und Ziele braucht es, auf regionale Gegebenheiten bezogene Kennzahlen, umsetzbare sowie skalierbare Maßnahmen und finanzielle Mittel.

Wenn ESG und SDGs in allen Vorhaben, Prozessen und Strategien von Kommunen und somit auch Betrieben mitgedacht werden, braucht es Kennzahlen und Vorgaben, die Vergleichbarkeit und Wirksamkeitsüberprüfung ermöglichen. Dabei ist ein standardisiertes Vorgehen in der Prozessgestaltung sinnvoll. Der Public Health Action Cycle (PHAC) bietet einen solchen standardisierten Prozess. Er umfasst die Elemente Bedarfsermittlung, eine daraus abgeleitete Zielbestimmung, die Entwicklung von Vorschlägen für Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen, -projekte und -programme sowie die Unterstützung von deren Umsetzung und eine abschließende Evaluation umfasst. Der PHAC lässt sich bei der Entwicklung von Gesamtstrategien einsetzen, da er immer eine, wie oben beschriebene Bedarfsanalyse voraussetzt. Auf dieser Basis können Ziele und entsprechende Kennzahlen definiert werden (vgl. Rosenbrock, R. & S. Hartung, 2022), die die regionalen Gegebenheiten abbilden. Die Definition von Kennzahlen ist essenziell, um den Erfolg von nachhaltigen Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen sichtbar zu machen. Diese Kennzahlen ermöglichen eine transparente und messbare Bewertung der Fortschritte und Ergebnisse, was zur kontinuierlichen Verbesserung der Maßnahmen beiträgt. Dabei kann die Orientierung an Zielen, wie den SDGs, hilfreich sein. Jedoch sollten lokale Gegebenheiten und Ressourcen zur realistischen Zielsetzung und Festlegung von Kennzahlen beachtet werden.

Ein zentraler Aspekt des PHAC ist die Befähigung von Multiplikator:innen. Durch gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen können Fachkräfte in ihrer Rolle als Multiplikator:innen gestärkt und qualifiziert werden, was wiederum die Umsetzung und Verbreitung der Vorhaben fördert. Multiplikator:innen können aus allen Lebenswelten kommen – von Kita-Mitarbeiter:in, Trainer:in aus einem Verein, privaten engagierten Personen bis hin zu kommunalen Akteur:innen.

Multiplikator:innen verfügen nach der Weiterbildung nicht nur über Wissen und Fähigkeiten, sondern sind zudem Vermittler:innen unterschiedlicher Ebenen der Kommunen und gleichzeitig verbindendes Element zwischen den Lebenswelten. Ihnen kommt dadurch eine besondere Verantwortung zu. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, brauchen Multiplikator:innen notwendige Ressourcen und Befugnisse. Dabei stellt die eigentliche Profession der Multiplikator:innen eine untergeordnete Rolle dar. Vielmehr geht es um das Engagement, die kommunale/betriebliche Zugehörigkeit sowie die Fähigkeit, andere Personen zu begeistern und zu motivieren. Multiplikator:innen sind das Herzstück bzw. der Motor des PHAC. Sie treffen sich regelmäßig, analysieren bestehende Angebote, planen bedarfsgerechte Maßnahmen und

setzen diese mit kommunalen Akteur:innen, Verwaltungsmitarbeiter:innen und Partner:innen der Sozialversicherungsträger um.

Ein verbindendes Element zwischen den einzelnen Schritten des PHAC ist eine Kommunikationsstrategie. Diese muss individuell auf die jeweilige Kommune, die Bürger:innen und die spezifischen Zielgruppen der geplanten Maßnahmen angepasst sein. Eine verständliche und innovative Kommunikation aktiviert und motiviert die Bevölkerung zur Teilnahme und Mitwirkung. Beispielsweise können digitale Plattformen, soziale Medien und interaktive Veranstaltungen genutzt werden, um die Bürger:innen zu informieren, einzubeziehen und zu aktivieren. Ohne systematische Kommunikation nach innen und außen sind selbst die besten Ziele und Maßnahmen nur im Kleinen wirksam.

Der Aufbau und vor allem die langfristige Umsetzung dieser Strukturen und Prozesse bedarf nicht nur des Willen der Kommune und der handelnden Akteur:innen, sondern vor allem finanzieller Mittel.

Dabei sind Bund und Länder gefordert, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen, um das Zusammenwirken der Umsetzenden in den Kommunen und den fördernden Institutionen zu ermöglichen sowie den System- und Ressourcenaufbau für eine langfristige Verstetigung zu fördern. Bestehende Förderprogramme müssen weiter beworben und die Teilnahme bzw. das Abrufen von Fördermitteln unbürokratischer gestaltet werden. Denn Fördermöglichkeiten für den Aufbau und den Erhalt der hier aufgeführten Strukturen gibt es bereits zahlreiche, aber die Teilnahme wird oft durch unverständliche, komplizierte Anträge, personell nicht stemmbare Berichtswesen oder andere Hürden erschwert. Notwendig sind außerdem weiterhin Finanzierungs- und Fördersysteme, die auf Prävention statt auf die Behandlung von Erkrankungen ausgerichtet sind.

Damit Kommunen ihre Steuerungs- und Koordinationsfunktion effizient wahrnehmen und Doppelstrukturen vermeiden können, ist eine enge Zusammenarbeit mit den Krankenkassen erforderlich. Dies schließt eine gezielte Steuerung der kassenfinanzierten Präventionsmaßnahmen vor Ort ein. Langfristig sollte die intersektorale Gesundheitspolitik gestärkt und durch ein überarbeitetes Präventionsgesetz sowie die aktive Mitwirkung der Krankenkassen nachhaltig gefördert werden.

Wissensmanagement

Wissensmanagement von Good-Practice-Beispielen und Vernetzung von Akteur:innen müssen bundesweit systematisch umgesetzt werden, um Synergieeffekte zu schaffen.

Um nachhaltige und gesundheitsfördernde Strukturen erfolgreich zu etablieren, ist es unerlässlich, den Austausch zu bestehenden Good-Practice-Beispielen, erfolgreichen Prozessen (Wissensmanagement) und die Vernetzung der beteiligten Akteur:innen systematisch umzusetzen. Auf lokaler Ebene ist dabei die Nutzung bestehender Netzwerke und Netzwerkstrukturen, beispielweise über Behördenleitungen oder Quartiersmanagements, besonders zielführend. Diese verfügen meist über etablierte Kommunikationskanäle und über das Wissen regionaler Besonderheiten.

Ein weiterer, zentraler Ansatzpunkt sind überregionale, ggf. digitale Austausche. Lokale Aktivitäten sind teilweise noch bekannt, hingegen findet der überregionale Austausch eher punktuell und branchenbezogen statt. Diese Kooperationen und Netzwerke stärken die kollektive Handlungsfähigkeit, unterstützen den Wissens- und Technologietransfer und vermeiden Doppelstrukturen. Dabei wird allerdings meist von dem „Was“ und nicht von dem „Wie“ gesprochen, was wiederum Identifikation möglicher Synergien erst ermöglicht.

Für die überregionale Vernetzung und Veranschaulichung von Projekten und Programmen können digitale Datenbanken und Plattformen eine Möglichkeit darstellen. Darin könnten Kennzahlen erfasst, Prozesse und Vorhaben beschrieben und Kontaktmöglichkeiten zur Vernetzung aufgeführt werden. Ziel sollte es sein, von den positiven Erfolgen wie auch Misserfolgen von Kommunen überregional zu profitieren und so die eigenen Bemühungen effektiver in personeller wie auch finanzieller Hinsicht zu gestalten. Hierbei steht vor allem das „Wie“ im Vordergrund: Wie geht man die ersten Schritte? Wie strukturiert man einen ggf. ressortübergreifenden Prozess? Wie bildet man Kennzahlen, an denen man seine Schritte und Erfolge messen kann? Und wie kontrolliert, begleitet und wertet man dies alles aus?

Die Praxisdatenbank des Kooperationsverbands Gesundheitliche Chancengleichheit ([gesundheitsliche-chancengleichheit: Praxisdatenbank \(gesundheitsliche-chancengleichheit.de\)](https://gesundheitsliche-chancengleichheit.de)) stellt ein praxisnahes Beispiel dar. Wichtig wäre hierbei, dass es sich um eine zentrale, bestenfalls bundesweite Anlaufstelle handeln sollte, die Angebote systematisch erfasst und aktualisiert.

Diesen Bemühungen stehen jedoch zentralen Herausforderungen gegenüber, insbesondere durch den Föderalismus in Deutschland. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Regelungen der Bundesländer erschweren oft die einheitliche Umsetzung von Prozessen und Maßnahmen und den Austausch von Wissen.

Um diese Hindernisse zu überwinden, sollten Allianzen gebildet werden, die trägertyp- und settingübergreifende Kooperationen, z.B. zwischen Kommunen und Sozialversicherungsträgern, regionalen oder überregionalen Anbietern, Hochschulen o.ä. Akteur:innen in die Praxis bringen. Solche Allianzen können Anlass zum Austausch und zur Entwicklung gemeinsamer Strategien bieten, um innovative Gesundheitslösungen zu fördern.

Schlussendlich wäre eine bundesweit einheitliche Prüfung der Kommunen und ihrer jeweiligen Systeme und Prozesse durch eine externe geprüfte Zertifizierungsstelle von großem Wert. Dadurch könnte man den Wirkungsgrad sowie Good-Practice-Beispiele an einer Stelle sammeln und mit der Öffentlichkeit, also auch weiteren Kommunen, teilen. Mehrwert für die teilnehmenden Kommunen wäre eine externe Überprüfung ihrer Arbeit, das Weiterentwickeln der Systeme durch ggf. Hinweise der Auditoren und die überregionale Präsenz sowie Auszeichnung ihrer Leistungen – was die Attraktivität der jeweiligen Kommune steigert und die am Prozess beteiligten Akteur:innen wertschätzt. Beispielhaft zu erwähnen ist hierbei das Projekt „KGM-Zert“ der GPeV und des EuPD Research, welches im Jahr 2024 bereits die erste Kommune „Nideggen“ erfolgreich auditiert und auf den Petersberger Präventionsgesprächen 2024 ausgezeichnet hat.

Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen:

- Klare Begriffsklärung von Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch, sozial / im Sinne der Verstetigung oder Verankerung) und Einbezug der SDG-Ziele und ESG-Kriterien in alle weiteren Schritte
- Bedarfsanalyse, Aufbau und Nutzen von bestehenden Strukturen und Netzwerken
- Aufbau eines Managementprozesses, Bildung bzw. Erweiterung von Steuerkreisen
- Erarbeitung einer integrativen kommunalen Gesamtstrategie (Verbindung von Gesundheitsförderung, Prävention und Nachhaltigkeit)
- Ableitung von nachhaltigen Handlungsempfehlungen, Kennzahlen und Zieldefinition
- Inklusion unterschiedlicher Interessensgruppen – Erlangung von Chancengleichheit, Partizipation von vulnerablen Zielgruppen
- Multiplikator:innen-Schulung – Ausbildung kommunaler Gesundheits-Lots:innen
- Zielgruppengerechte Entwicklung und Umsetzung von bedarfsgerechten und nachhaltigen verhältnis- sowie verhaltenspräventiven Maßnahmen unter Einbindung regionaler Akteur:innen und bundesweiter Angebote
- Vernetzung in und zwischen Lebenswelten
- Wissensmanagement von Good-Practice-Beispielen und Vernetzung von Akteur:innen durch bundesweit systematische Netzwerke (Synergieeffekte, Ressourcen schonen)
- Transparente und partizipative Kommunikation (Kommunikationsstrategie, öffentliche Veranstaltungen zur Bewerbung von Multiplikator:innen, Pressemitteilungen, etc.)
- Prüfung der kommunalen Gesamtstrategie durch eine externe Zertifizierungsstelle (Evaluation und kontinuierliche Verbesserung)

Schlussfolgerungen und Ziele

Die drängenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit erfordern ein Umdenken und Handeln auf allen Ebenen, besonders in Kommunen. Um den aktuellen und künftigen Herausforderungen gerecht zu werden und nachhaltige Gesundheitslandschaften zu gestalten, muss die Kommune von allen handelnden Akteur:innen als Dachsetting verstanden, genutzt und unterstützt werden. Nur so können Kommunen die ökologischen, sozialen sowie ökonomischen Grundlagen für Bürger:innen langfristig verbessern. Die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) bietet dabei Orientierung für nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung. Dazu braucht es durch die Kommunen aufgesetzte standardisierte und nachhaltige Prozesse, die auf Bedarfsanalysen und Kennzahlen basieren, Handlungsempfehlungen ableiten, durch interdisziplinäre Steuergremien geleitet werden, Menschen aus den Lebenswelten qualifizieren und transparent nach außen kommunizieren.

Um Ressourcen zu schonen, sind starke kommunale und überregionale Netzwerke sowie digitale Plattformen für Wissensaustausch, intersektorale Zusammenarbeit und der Einbezug aller relevanter Akteur:innen, die die aktuellen Themen mit Nachhaltigkeit sowie Gesundheitsförderung und Prävention verbinden, unabdingbar.

Gesundheitsförderung, Prävention und Nachhaltigkeit müssen verbindend gedacht und langfristig durch integrative Strategien sowie skalierbare und bedarfsorientierte Maßnahmen in die Praxis übertragen werden. Der Motor hierfür sind die Menschen vor Ort – sie müssen durch Multiplikator:innen-Ansätze qualifiziert, vernetzt und gefördert werden.

Dazu braucht es bundesweit systematische Finanzierungs- sowie unbürokratische, vereinfachte Förderstrukturen, die eine langfristige Überführung von aufgebauten Strukturen und Einzelprojekten in kommunale Prozesse ermöglichen.

Ziel ist es, hierdurch eine ganzheitliche, zukunftsorientierte und gerechte Gesundheitslandschaft zu schaffen, die sowohl die Bedürfnisse der heutigen Generationen erfüllt als auch die Lebensgrundlagen künftiger Generationen sichert.

Beteiligte und Adressaten

- Bürgermeister*innen, Verwaltung vor Ort
- Sämtliche Lebenswelten der Kommune:
 - gesund Aufwachsen (Kita, Schule, Familie etc.)
 - Arbeit (Betriebe, Verwaltungen, Kammern etc.)
 - gesund Älterwerden (Pflegeeinrichtungen, soziale Einrichtungen etc.)
 - Freizeit und öffentliches Leben (Vereine und Organisationen des organisierten und informellen Sports, Sportbünde, Jugendeinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, religiöse Einrichtungen, Liegenschaften der Naherholung etc.)
- Sozialversicherungsträger (Kranken-, Unfall- und Rentenkassen, Berufsgenossenschaften etc.)
- Sonstige Einrichtungen und Verbände (medizinische oder medizinnahe Anbieter, private Präventions- oder Fitnessanbieter, karitative Organisationen etc.)

Autor:innen

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund:

Marc Elxnat, Beigeordneter

Für die Gesellschaft für Prävention gem. e.V.:

Prof. (FH) Dr. Mathias Bellinghausen, Vorstandsvorsitzender/ Prodekan an der HAM –Hochschule für angewandtes Management

Für eco-partner:

Fabian Ross und Antonia Suárez, Geschäftsführung sowie **Valesca Modery**, Prokuristin

Sonstige Mitarbeit:

Uwe Lübking, Beigeordneter für Recht, Soziales, Gesundheit, Bildung und Sport des DStGB a.D.

Quellen

Die Bundesregierung (o. D.). *Richtschnur der Politik. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-erklaert-232174> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Die Bundesregierung (15.12.2020). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021*. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1873516/6c607bb5f16993ef18440d9e0dae55cb/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-barrierefrei-data.pdf?download=1> S. 150 f. (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Fehr, R. (2020). Urban health / StadtGesundheit. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i124-2.0> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

GKV-Spitzenverband (01.12.2023) Leitfaden Prävention. *Handlungsfelder und Kriterien nach § 20 Abs. 2 SGB V zur Umsetzung der §§ 20, 20a und 20b SGB V vom 21. Juni 2000 in der Fassung vom 4. Dezember 2023*.

Hartung, S. & Rosenbrock, R. (2022). *Public Health Action Cycle / Gesundheitspolitischer Aktionszyklus*. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i099-2.0> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Initiative Gesundheit und Arbeit (iga) (2024). *iga.Wegweiser. Nachhaltigkeit und Betriebliches Gesundheitsmanagement. Standards – Schnittmengen – Anschlussfähigkeit*. [Initiative Gesundheit & Arbeit \(iga\) \(iga-info.de\)](https://www.iga-info.de) (letzter Zugriff: 21.02.2025)

KCG (2024). Koordinationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit: *Klima(folgenanpassung) und gesundheitliche Chancengleichheit*. <https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/gesundheitsfoerderung/klima-und-gesundheit/> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Lobnig, H., Dietscher, C. & Metzler, B., Pelikan, J. M. (2024). *Organisationsentwicklung als Methode der Gesundheitsförderung*. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

(BZgA) (Hrsg.). *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i083-3.0> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Lübking, U., Bellinghausen, M., Ross, F. & Stein G. (2006). *Prävention muss in den Fokus von Städten und Gemeinden. Prävention und Gesundheitsförderung sollten in Kommunen und deren Lebenswelten priorisiert, fortentwickelt und unterstützt werden*. <https://www.dstqb.de/themen/gesundheit/gesundheitsoffensive-fuer-unsere-staedte/200506-positionspapier-dstqb-dspn-gpev-final-manhang.pdf?cid=hgs> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Regional committee for the eastern mediterranean (12. Oktober 2022). *ONE PLANET, ONE HEALTH: SUSTAINABLE AND RESILIENT HEALTH CARE SYSTEMS*. <https://applications.emro.who.int/docs/One-Planet-One-Health-eng.pdf> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

Umweltbundesamt (26.05.2023). *Hitzeaktionspläne: Status quo, Barrieren & Erfolgsfaktoren*. In: Newsletter Klimafolgen und Anpassung. Nr.: 84 Newsletter Klimafolgen und Anpassung - Nr.: 84 | Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/hitzeaktionsplaene-status-quo-barrieren> (letzter Zugriff: 21.02.2025)

World Health Organization (12 Oktober 2023). *Climate Change*. <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/climate-change-and-health> (letzter Zugriff: 21.02.2025)